



Vorstellung der Studie „Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozialetische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien“

Statement von Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher am 20.4.2018

Wachstum im Dienst nachhaltiger Entwicklung

Die zentralen Herausforderungen unserer Zeit, die weltweite Armut, wachsende soziale Ungleichheiten und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, sind eng miteinander verknüpft und können nur gemeinsam gelöst werden. Dies hat Papst Franziskus in seiner im Jahr 2015 veröffentlichten Enzyklika *Laudato Si'* deutlich gemacht. Er drängt auf eine umfassende Problemanalyse und eine neue Idee von Fortschritt, damit „unser gemeinsames Haus“ (*Laudato Si'*, 1) eine Zukunft hat. Mit der „2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung“ und ihren 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) hat die internationale Staatengemeinschaft diesen Impuls aufgegriffen und sich dazu verpflichtet, gemeinsam die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

Die Rolle von Wirtschaftswachstum ist dabei jedoch umstritten: Die einen setzen auf weiteres Wachstum, um nachhaltige Entwicklung zu befördern, während andere die Wachstumsfixierung mit dem Verweis auf die planetarischen Belastungsgrenzen, die begrenzte Verfügbarkeit vieler Rohstoffe und die sozialen Folgen von verschärftem Konkurrenz- und Wettbewerbsdenken ablehnen. Mit der Studie „Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozialetische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien“ möchte die Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialetik“ der Deutschen Bischofskonferenz eine Orientierung für diese Frage geben, indem sie die Rolle von Wachstum mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung analysiert und dabei wichtige Anregungen der Postwachstumsbewegung berücksichtigt.

Grundlage dafür ist eine sozialetische Reflexion, welche das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung im Anschluss an die Enzyklika *Laudato Si'* von den ethischen Perspektiven des Gemeinwohls, den Menschenrechten und der Gerechtigkeit her entfaltet und konkretisiert. Danach ist der Gemeinwohlgedanke nicht nur global, sondern auch im Hinblick auf zukünftige Generationen zu erweitern; ebenso müssen wir Armutsbekämpfung und Umweltschutz als integrale Ziele von Entwicklung gemeinsam verfolgen. Von daher sind nicht nur Rohstoffe, sondern auch der Gebrauch von Erdengütern wie den Ozeanen, den Regenwäldern und der Erdatmosphäre nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu verteilen. Da diese als Lebensräume, Nahrungsquellen und

Hochschule für Philosophie München

Presse- & Öffentlichkeitsarbeit: Christoph Sachs

Kaulbachstraße 31a 80539 München Tel.: +49 (0)89-23 86 24 31 E-Mail: presse@hfph.de

Web: www.hfph.de Twitter: [@hfph_presse](https://twitter.com/hfph_presse)



Senken für Treibhausgasemissionen von entscheidender Bedeutung sind, handelt es sich um globale Gemein(schafts)güter, die unter einer Art verschärfter Sozialpflichtigkeit stehen. Damit wird bereits deutlich, dass die derzeitigen ressourcenintensiven Produktions- und Konsummuster nicht verallgemeinerbar sind, ohne die Belastungsgrenzen unseres Planeten zu überschreiten. Andererseits ist es aber auch ein Gebot der Gerechtigkeit, dass gerade ärmere Länder nicht um ihre Wachstums- und Entwicklungspotentiale gebracht werden dürfen.

Denkanstöße der Wachstumskritik

Die wachstumskritische Bewegung greift – bei allen Unterschieden im Detail der verschiedenen Varianten (*De-Growth*-, *Postwachstums*-, *A-Growth-Bewegung*) – ein verbreitetes Unbehagen an einer Wirtschaftspolitik auf, die auf Wirtschaftswachstum fixiert ist, ohne die damit verbundenen ökologischen und sozialen Folgen ausreichend zu berücksichtigen. Die allermeisten Vertreter lehnen die Option, Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit durch technische Effizienz zu versöhnen, als illusorisch ab, weil es bisher keine historischen Vorbilder für eine absolute, globale Entkopplung von Ressourcenverbrauch (bzw. Emissionsausstoß) und Wirtschaftswachstum gibt.

Diese Sichtweise übersieht nach Einschätzung der Sachverständigengruppe allerdings zwei wichtige Aspekte: Erstens folgt aus der Tatsache, dass eine globale Entkopplung von Ressourcenverbrauch (bzw. Emissionsausstoß) und Wirtschaftswachstum bisher nicht möglich war (und nicht umfassend versucht wurde), nicht, dass dies bei geeigneten Rahmenbedingungen zukünftig nicht möglich wäre. Wenn die ökologischen und sozialen Kosten, die Produktion und Konsum verursachen, den Verursachern zugerechnet und nicht weiter auf Dritte – besonders auf nachfolgende Generationen – abgewälzt werden („Externalisierung von Kosten“), würde dies erhebliche Anreize für eine effizientere Nutzung von Energie und Ressourcen und eine Senkung der Kohlenstoffintensität (Menge an emittiertem CO₂ pro Einheit des BIP) geben. Zweitens übersehen Wachstumskritiker, dass die Kohlenstoffintensität auch bei einer schrumpfenden oder stagnierenden Wirtschaft erheblich gesenkt werden müsste. Es spricht einiges dafür, dass die notwendige Verbesserung der Emissionseffizienz bei einer dynamischeren und innovativeren Wirtschaft leichter möglich wäre als bei einer schrumpfenden oder stagnierenden Wirtschaft. Voraussetzung dafür sind allerdings wiederum Ordnungsstrukturen, die den Umweltgebrauch mit einem verursachergerechten Preis belegen. Solche Rahmenbedingungen braucht es auch, um die Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten im Zuge globaler Standortverlagerungen zu beenden und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu sichern. Die bislang unternommenen Schritte hin zu gerechterem, regelbasiertem Handel, menschenwürdigeren Arbeitsbedingungen und vor allem einer sozial-ökologischen Modernisierung weltweit sind angesichts der gegenwärtigen sozialen und ökologischen Herausforderungen jedoch ganz und gar unzureichend.



Die Sachverständigengruppe spricht sich daher für umfassende Strukturreformen aus, die Anreize für Innovationen, mehr Effizienz und nachhaltigeres Wirtschaften geben. Gleichzeitig greift sie den Hinweis der Postwachstumsbewegung auf, eine Politik der ökologischen Modernisierung schon jetzt durch eine grundlegendere gesellschaftliche Transformation vorzubereiten, zu ergänzen und zu begleiten. Denn in der Tat könnte das Potenzial an technischen Möglichkeiten aktuell über- und die Kosten einer konsequenten Umwelt- und Klimapolitik unterschätzt werden. Zudem besteht die Gefahr, dass die politischen Strukturreformen, die für eine ökologische Modernisierung notwendig sind, am Widerstand mächtiger Interessengruppen und mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung scheitern oder weiter verzögert werden.

Daher unterstreicht die Sachverständigengruppe auch die Notwendigkeit eines tiefgreifenden Kultur-, Bewusstseins- und Wertewandels, der zukunfts- und gemeinwohlorientiertem Handeln eine größere Bedeutung zuschreibt und sich in entsprechend verändertem Verhalten niederschlägt. Dieser Wandel wird häufig mit der Leitidee der Suffizienz umschrieben, die für eine Vorstellung von gutem Leben steht, das dem materiellen „Anhäufen“ oder bloßen gegenseitigen „Übertreffen“ die Tugend des rechten Maßes gegenüberstellt und auch aus dem gemeinsamen Gestalten, Bewahren, Teilhaben und Fördern Wohlergehen und Sinnhaftigkeit schöpfen kann.

Dementsprechend verweist die Postwachstumsbewegung zurecht darauf, dass neben Einkommen auch nicht-monetär erfassbare Faktoren die Zufriedenheit und Lebensqualität wesentlich mit beeinflussen. Sektoren, die positiv mit Wohlergehen und Lebensqualität korreliert sind, haben ein Potenzial für Wachstum, das nachhaltige Entwicklung mit befördert. Dazu gehören u.a. die Pflege- und Sorgearbeit wie das ehrenamtliche Engagement, die für die soziale, geistige und körperliche Integrität eines jeden Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt von zentraler Bedeutung sind.

Auf der Basis dieser Grundüberlegungen hat die Sachverständigengruppe eine ganze Reihe konkreter Forderungen für eine sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt, von denen ich einige kurz herausgreifen möchte:

Klimaschutz und Dekarbonsierung von Wirtschaft und Energieversorgung durch einen verursachergerechten Preis für Umweltgebrauch und Schadstoffausstoß: Den Schlüssel für eine global nachhaltige Wirtschaft sieht die Sachverständigengruppe in einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft und Energieversorgung, für die der Abschied von der fossilen Energiewirtschaft und die Förderung von Energie-Effizienz durch angemessene Ordnungsstrukturen zügig eingeleitet und vorangetrieben werden müssen. Dazu müssen ökonomisch schädliche Subventionen, in Deutschland u.a. in Form der Subventionierung von Kohle, Flugbenzin und des Privilegs für Diesel-



Kraftstoffe, abgeschafft und über Preissignale (CO₂-Steuer oder Emissions-Zertifikatehandel) sichergestellt werden, dass Treibhausgasemissionen über einen sektor-übergreifend einheitlichen CO₂-Preis dort gemindert werden, wo es am günstigsten ist. Eine solche verursachergerechte Bepreisung muss einerseits sozial abgefedert, andererseits mit möglichst vielen anderen Staaten koordiniert werden, um internationale Wettbewerbsnachteile zu vermeiden. Um soziale Härten zu vermeiden, könnte man z.B. Bürgern mit niedrigen Einkommen aus den Einnahmen einer „CO₂-Steuer“ nach dem Beispiel der Schweiz einen Pauschalbetrag zurückerstatten. Staaten, die bei der Einführung einer „CO₂-Steuer“ eine Vorreiterrolle übernehmen, könnten analog zur Mehrwertsteuer, Importe in die heimische CO₂-Bepreisung einzubeziehen und Exporte gleichzeitig davon freizustellen, was man im Rahmen des internationalen Handelsrechts absichern könnte.

Auch und gerade bei der Dekarbonisierung von Wirtschaft und Energieversorgung gilt: Die notwendige Transformation wird dann (einfacher) zu erreichen sein, wenn sie von einem Bewusstseinswandel vorbereitet und mitgetragen wird, der eine Reflexion über das rechte Maß beinhaltet und mit dazu beiträgt, Produktionsweisen von Unternehmen und Lebensstile wie Konsummuster einer breiten Masse von Bürgern zu verändern.

Förderung eines suffizienten Lebensstils (Schwerpunkt Mobilität und nachhaltiger Konsum): Auch beim Güter- und Personenverkehr, einem weiteren zentralen Handlungsfeld für die sozial-ökologische Transformation, müssen die externen Effekte beim Auto-, Schiffs- und Flugverkehr durch eine angemessene Bepreisung des Energie- und Schadstoffverbrauchs gemindert werden. Begleitend dazu muss die Politik suffizienzorientierte Veränderungen durch geeignete Rahmenbedingungen und eine Infrastruktur unterstützen, indem sie z. B. den öffentlichen Nah- und Fernverkehr ausbaut und durch bessere Fahrradwege oder eine attraktivere Gestaltung des öffentlichen Raums suffiziente Lebensstile erleichtert und attraktiver macht.

Mit nachhaltigem Konsum können die Bürgerinnen und Bürger einen wertvollen Beitrag zur notwendigen Entkopplung von Ressourcenverbrauch und „gutem Leben“ leisten, indem sie z.B. ihren Fleischkonsum verringern oder mehr fair gehandelte und nachhaltig erzeugte Produkte konsumieren. Der Gesetzgeber und Verbraucherorganisationen sind dabei aufgefordert, die Informationsbeschaffung über Herkunft, Transport und Qualität der angebotenen Waren zu erleichtern, beispielsweise mit strengeren Kennzeichnungspflichten und geeigneten Herkunftssiegeln. Unternehmen wiederum stehen in der Verantwortung, in fairen Produktionsprozessen ein Angebot an umweltfreundlichen Gütern zu schaffen, die in der Herstellung wie im Gebrauch möglichst ressourcenschonend und langlebig sind.



Zum ressourcenschonenden Verbrauch gehört auch eine Verringerung des immer noch enormen Flächenverbrauchs. Die Studie spricht sich hier für einen verbindlichen und mutigen Zeitrahmen hin zu einem Null-Wachstum der Versiegelung weiterer Flächen in Deutschland aus. Ein Instrument, mit dem man die Flächeninanspruchnahme und Verzerrung durch Spekulationen verringern könnte, wäre eine reine Bodensteuer, welche im Gegensatz zur Grundsteuer nur den jeweiligen Wert des Grundstücks und nicht zusätzlich den Gebäudewert besteuert.

Indikatoren für nachhaltige Entwicklung: Der notwendige gesellschaftliche Umbau braucht geeignete Indikatoren, an denen sich Konsumenten, Unternehmen, der öffentliche Diskurs und die Politik orientieren können. Dafür sind alternative Indikatoren nötig, die das dominante Bruttoinlandsprodukt ergänzen oder ggfs. auch ersetzen. Die Studie gibt eine Übersicht über alternative Kennzahlen und Indizes für die Steuerung einer nachhaltigen Entwicklung. Gleichzeitig verweisen wir aber auch darauf, dass diese Indizes ihre Wirkung erst dann entfalten können, wenn die öffentliche Debatte stärker von ihnen geprägt wird, politische Entscheidungsträger ihre Entscheidungen mehr an ihnen ausrichten und die Indizes als verbindliche Leitmarken für bestimmte Ziele wie z. B. die Reduktion von Emissionen oder Flächenverbrauch ernst nehmen. Die sozial-ökologische Modernisierung für eine nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist kein kurzfristiges Projekt, sondern eine langfristige Aufgabe, für die die Sachverständigengruppe mit der vorliegenden Studie eine Orientierung vorlegt. Wir verstehen dies als einen Beitrag zur Diskussion, die wir mit allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren, neben der Wissenschaft auch mit Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft führen wollen. Einen ersten Akzent werden wir mit dem heutigen Dialogforum setzen. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie dieses Thema nicht nur als „kurzfristigen Aufreger“ sondern als eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in Erinnerung rufen. Denn es geht um nicht weniger als die Bewahrung „unseres gemeinsamen Hauses“ (Laudato Si', 1).

Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher ist Präsident der Hochschule für Philosophie München, Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik und Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz.